

Erscheinung
an allen Werktagen.
Bezugspreis
ab 1. 10. 21: monatlich 20.
in der Geschäftsstelle 150.—
in den Ausgabestellen 160.—
durch Zeitungsboten 170.—
am Postamt . . . 165.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Dienstsprecher: 4248, 2273
3110, 3249.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czeczkow Konto P.K.O. Nr. 200 283 in Poznań.

Poßener Tageblatt

Anzeigenpreis:
f. d. Grundschriftzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens . . . 25.— M.
im Neklameteil 75.— M.
Für Anfragen aus
Deutschland . . . 3.50 M.
im Neklameteil 10.— M.
in deutscher Mark

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Ein Anschlag auf den Staatspräsidenten.

Breslau, 26. September. Am Sonntag, vormittag 9 Uhr, verübt ein junger Mann auf den Staatspräsidenten einen Anschlag, indem er 4 Revolverkugeln auf ihn in dem Augenblick abgab, als er vom Rathause abfuhr, wo er zum Empfang des Staatspräsidenten weilte. Ein Herr aus dem Publikum ergriff den Attentäter bei der Hand. Das Publikum hieß den Attentäter auf der Stelle. Der Wojewode Grabowski wurde an der Hand verletzt. Das Staatsoberhaupt bezog sich sofort nach dem Anschlag zu einer feierlichen Vorstellung der "Halka", wo er Gegenstand lebhafter Ovationen war. In der Stadt herrscht infolge des Attentats ungewöhnliche Erregung.

Oberschlesien.

Der Genfer Korrespondent der "Information" meldet, daß die bisher gehoffte Hoffnung hinsichtlich der baldigen Lösung des oberschlesischen Problems durch ein unerwartet eingetretene Ereignis zerstört worden wäre. Die Frage bleibt offen, ob diese Wandlung auf einen Bericht der Sachverständigen zurückzuführen sei oder ob sie sich etwa unter der Einwirkung einer englischen Note vollzogen habe, die alle bisherigen Kombinationen über den Haufen wirft. Jedenfalls scheint festzustehen, daß das Problem sich wieder weiter von seiner Lösung entfernt habe.

Am Freitag fand in Beuthen eine gemeinsame Sitzung des deutschen Ausschusses für Oberschlesien und des obersten polnischen Volksrates unter Vorsitz des englischen Majors William statt, um die Frage der Rücksiedlung der Flüchtlinge und andere Fragen weiter zu erörtern. Das vorläufige Ergebnis dieser Verhandlungen ist, daß eine engere Kommission mit der praktischen Arbeit in der Rücksiedlung der Flüchtlinge beginnen und allmählich über das Ergebnis ihrer Tätigkeit einen Rapport herausgeben wird.

Die Stimmung in einem Teile des oberschlesischen Wahlkreises ist, wie dem "B.Z." aus unterrichteten Kreisen mitgeteilt wird, wieder unruhig. In Hindenburg, Beuthen, Friedenshütte und anderen Orten fanden in den letzten Tagen große Demonstrationen statt. Die Arbeiter verlangen erneut die bereits mehrmals abgelehnte Wirtschaftslage. Die Bewegung scheint auf kommunistische Mittelebene zurückzuführen zu sein.

Vertrag des internationalen Gewerkschaftsbundes.

Berlin, 25. September. Die im Juni in Oberschlesien weilende Abordnung des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat jetzt ihren Vertrag veröffentlicht. Es wird darin erklärt, daß das in Frage kommende Gebiet, und zwar nicht nur das verhältnismäßig kleine eigentliche Industriegebiet, in dem die Fabriken konzentriert sind, sondern auch die Nachbarregionen mit ihren Rohstoffquellen eine Einheit formen.

Eine neue Abstimmung.

London, 25. September. "Evening Standard" berichtet: Der Beschluß der Vertreter Italiens, Belgien und Chinas im Völkerbundsrat, denen die Behandlung der oberschlesischen Frage übergeben wurde, wird nicht vor dem nächsten Monat erwartet. Ein Vorschlag steht dahin, daß eine neue Abstimmung in Oberschlesien stattfinden soll, da es heißt, daß die Stimmung der Bevölkerung gegen eine Teilung Oberschlesiens immer stärker wird.

Rumänien.

Keine Kriegsgefahr.

Warschau, 25. September. (PAT.) Die rumänische Gesandtschaft gibt folgende Erklärung: Infolge der wiederum auftauchenden Berichte über eine angebliche Spannung zwischen der rumänischen und der Sowjetregierung und über Kriegsvorbereitungen beiderseits legt die rumänische Regierung großes Gewicht darauf, daß Informationen dieser Art jeder Grundlage entstammen. Der rumänische Delegierte in Warschau ist bestmöglich mit dem Vertreter der Sowjets eine Verständigung über die Fortsetzung eines Programms der künftigen Verhandlungen anzubahnen; andererseits sollen vier Handelsdelegierte von der Sowjetregierung die Bollmacht erhalten, sich nach Rumänien zu begeben, um dort Getreide aufzukaufen. Dies beweist, daß zwischen beiden Staaten von einer Krise im gegenwärtigen Augenblick nicht die Rede sein kann. Außerdem bestätigen in Butare erhaltenen Informationen nicht die im Ausland verbreiteten Nachrichten. Über militärische Maßnahmen von Seiten der Sowjets, die einer Bedrohung Rumäniens gleichkämen, wurde beschlossen, mit den Nachbarn jenseits des Donau-Dniestr zu leben und zugleich bereit zu sein, etwaige Angriffe abzuwehren. Rumänien wird seinen bisherigen verbindenden und friedlichen Standpunkt nicht aufgeben. Endlich muß hinzugefügt werden, daß von keiner Seite Anstrengungen in irgend einer Richtung gemacht wurden, die Rumänen auf einen anderen Weg bringen könnten.

Tate Jones über die Lage.

Genua, 25. September. (PAT.) Tate Jones erhielt der ausländischen Presse folgende Auskunft: Die kleine Entente strebt zu demselben Ziel, wie der Völkerbund, zur Sicherung des Friedens. Wenn der Völkerbund nicht über genügend materielle Mittel verfügt, so beläßt die kleine Entente diese Mittel. Auf die Anfrage des amerikanischen Journalisten, wie Tate Jones über die Ausrüstung denkt, erklärte der Minister: Wie kann man an eine Ausrüstung denken, da die Zusammensetzung des Völkerbundes nicht vollständig ist. Wie kann z.B. Rumänien abstimmen, da sein nächster Nachbar Rußland ist. Über die Angelegenheit Weißrusslands befragt, erklärte Tate Jones, daß Galizien im Interesse des europäischen Friedens zu Polen gehören müßt. Der Minister spricht die Hoffnung aus, daß die ganze Welt dieses begreifen wird, wenn sie dies bis jetzt noch nicht begriffen hat.

Spanische Schlappe in Marocco.

Paris, 25. September. (Telunion.) Amtliche Nachrichten aus Melilla melden, daß drei spanische Abteilungen, die am 16. d. Mts. ausgerückt waren, um die Oustandischen zurückzuschlagen, dieses Ziel nicht erreichen konnten, und mit starken Verlusten nach Melilla zurückgekehrt sind. Das Feuer der feindlichen Artillerie wird intensiver. Melilla wird seit mehreren Tagen bombardiert. Zwei Granaten sind im Zentrum der Stadt niedergegangen und haben zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung gefordert.

Madrid, 25. September. (PAT.) Der Ministerpräsident gibt Nachricht über einen erneuten Truppenüberfall in der Gegend von Melilla.

Die Völkerbundstagung.

Die Mandatsfrage.

Bei Beginn der Freitagsitzung haben die Vertreter der gestern in den Bund aufgenommenen Staaten bereits ihre Plätze eingenommen. Lettland ist in der Versammlung durch den Unterstaatssekretär Salnatis und die Gesandten Walter und Grohwald vertreten, Estland durch den Außenminister Biti und den Gesandten Pusta, Litauen durch Galbanauscas, Narachewitsch und Milos.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht der Mandatskommission, der von Nanzen verlesen wurde. Es wird darin auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die durch Amerikas Sondervorgänge entstanden. Die Zuteilung der Kolonien sei Sache des Obersten Rates, nicht des Völkerbundes. Dieser habe nur die Ausübung der Mandate zu regeln. Es wird zunächst empfohlen, wenigstens die Anwendung des Mandatsystems auf die deutschen Kolonien gutzuheften.

In der Debatte nahm zuerst Lord Cecil das Wort, der das System der Mandate besonders unter dem Gesichtspunkte verzeichnete, daß es ein wichtiger Faktor für den Frieden geworden sei. Es verhindere eine Politik der Eroberungen und einen gefährlichen Weltkrieg zwischen den Staaten, die dem Bund angehören. Nach ihm sprach noch Bourgeois und der Vertreter Haitis, der den Standpunkt der eingeborenen Nationen gegenüber der Kolonialfrage zum Ausdruck brachte und den Wunsch aussprach, einen Schwarzen in die Kommission zur Prüfung der Mandatsberichte zu berufen.

Die Kommission für Seuchenbekämpfung.

Genua, 22. September. (PAT.) In der gestrigen Plenarsitzung des Völkerbundes wurden die Berichte der Kommission für die Seuchenangelegenheit behandelt. Auf die Einladung des Versammlungspräsidenten nahmen auf der Tribüne der Präsident der genannten Kommission Deberty (Canada) und der Berichterstatter Ador Blak. Ador verlas den Bericht und erinnerte vor allem daran, daß die Angelegenheit der Typhusbekämpfung im Russland und anderen europäischen Staaten zum ersten Mal im März v. J. in den Beratungen des Völkerbundes behandelt wurde. Einen dahingehenden Antrag hatte Balfour auf Veranlassung des englischen Gesundheitsministeriums eingebracht. Der Völkerbundrat errichtete eine besondere Kommission für Seuchenangelegenheiten und ernannte einen Oberkommissar zur Bekämpfung der Seuchen. Diesen Posten übernahm Roman White. Der Rat wandte sich an alle Mitglieder mit der Aufrufung um Hilfe. Von der Summe von 2 Millionen Pfund Sterling, die vom Völkerbundrat gefordert wurde, versprachen die Mitglieder des Völkerbundes 220 000 Pfund Sterling zu liefern. Ausgezahlt wurden bisher jedoch nur 128 000 Pfund Sterling. Die Kommission zur Bekämpfung der Seuchen hat die erhaltene Summe für den genannten Zweck verwandt. Dank der Ablehnung des ersten Planes, nach Polen ausländisches sanitäres Personal zu schicken, ließen sich viel bessere Ergebnisse erzielen, als dies vorhergeschenkt war. Es unterliegt keinem Zweifel, so sagte Ador weiter, daß bei der Verfügung über größere Fonds auch in anderen Staaten, und zwar in Litauen, Rumänien und der Tschechoslowakei erfolgreich in dieser Hinsicht gearbeitet werden könnte. Der Redner weist auf die Notwendigkeit hin, die versprochenen Geldsummen auf dem schnellsten Zahlungsweg durch die betreffenden Regierungen zu zahlen und, wenn dies möglich sei, diese Summen noch zu erhöhen.

Darauf erklärt der Berichterstatter, daß die polnische Regierung, die ja vollkommen klar über die Gefahr ist, die ganz Europa bedroht, mit Hilfe der Seuchenkommission das Ausmaß der Seuchen eingeschränkt habe. Dasselbe ist von den Verdiensten der finnischen Regierung zu sagen. Zum Glück ist der Seuchenstand in Polen jetzt weniger drohend als im vorigen Jahr. Im Winter ist aber ein Anwachsen der Typhusepidemie möglich. Die Lage erfordert die größte Vorsicht an der ganzen polnisch-russischen Grenze, hauptsächlich deshalb, weil die Flüchtlinge aus Russland immer mehr zunehmen. Die Aufgabe, die Flüchtlinge zu ernähren, zu kleiden, zu impfen und sie der Quarantäne zu unterziehen, nimmt die Fonds und die Energie der polnischen Behörden bis zu den äußersten Grenzen in Anspruch. Vor drei Wochen befanden sich im Lager von Baranowiczi allein 25 000 Zivilflüchtlinge, da die militärischen Flüchtlinge besondere Lager, die sehr gut organisiert sind, überwiesen werden. Darauf schildert der Berichterstatter in sehr eingehender Weise die von den polnischen Behörden geschaffene Organisation und ihre ständige Verbesserung. Die polnische sanitäre Organisation kann nach Ansicht des Redners den Choleraepidemien vollkommen beruhigt ins Auge sehen. Hierzu ist aber eine weitgehende finanzielle Hilfe notwendig. Ador schlägt im Namen der Kommission die Annahme folgender Entschließung vor: Die mit Hilfe der mäßigen Fonds von der Seuchenkommission erzielten günstigen Erfolge bei dem Ausbau der sanitären Mittel, die von der polnischen sanitären Verwaltung in Kampf gegen den Typhus angewandt wurden, bestätigend, empfiehlt die Versammlung, daß die Arbeiten der Kommission weiter fortgeführt und auch auf andere Länder nach Bedarf ausgedehnt werden sollen. Zu diesem Zweck werden die Präsidenten des Völkerbundes und des Völkerbundsrates gebeten, sich mit einer besonderen Aufforderung an die Mitglieder des Völkerbundes zwecks finanzieller Hilfe zu wenden und die betreffenden Regierungen zu bitten, die rückständigen Hilfsgelder auszuzahlen.

Nach Ador sprach der polnische Delegierte Modzelewski. Er betonte vor allem die Klarheit des Adorschen Berichtes. Darauf sprach er Polens Anerkennung für die am Kampfe gegen die Seuchen geleistete Tätigkeit des Völkerbundes aus. Er dankte weiter Ador als dem Präsidenten des internationalen Roten Kreuzes für die Worte der Anerkennung, die er er an die Adresse der polnischen Regierung als Berichterstatter der Seuchenkommission gerichtet hat. Der polnische Delegierte erinnerte daran, welche Gefahr Polen und ganz Europa durch die Typhusepidemien im vorigen Jahr drohte. Polen, so läge der polnische Delegierte, das geographisch den Vorposten Europas bildet, ist sich seiner Verpflichtungen und seiner Verantwortung im Verhältnis zu den anderen Völkern voll bewußt und daher auch bereit, weiter die schwierigen Aufgaben zu erfüllen, die ihm durch die geographische Lage zufallen. Es muß jedoch ausdrücklich erklärt werden, daß die Ergebnisse des von Polen aufgenommenen Kampfes ungenügend sein könnten, wenn nicht alle unmittelbar und mittelbar interessierten Völker den Kampf unterstützen werden. Die Rede des polnischen Delegierten wurde mit lebhaften Beifalls Zeichen des Beifalls aufgenommen.

Hierauf teilte James Allen von Neuseeland mit, daß der in Neuseeland gesammelte Fonds die Hälfte der ganzen Summe darstellt, die der Seuchenkommission zur Verfügung gestellt wurde und zwar 60 000 Pfund Sterling, also die Hälfte der allgemeinen Summe, die 128 000 Pfund Sterling beträgt. Zuletzt hat die Regierung Neuseelands noch 7000 Pfund Sterling für die Kinder der polnischen Flüchtlinge gestiftet. Der Redner bemerkte, daß er

diese Aussage nicht mache, um die Verdienste seines Staates hervorzuheben, sondern nur um die Notwendigkeit einer allgemeinen Mitarbeit bei der Hilfsaktion für Polen im Kampfe gegen die Seuchen zu betonen. (Lebhafte Beifall.) Darauf nahm die Versammlung einstimmig die von der Kommission vorgeschlagene Entscheidung an.

Lerchenfeld bei der Reichsregierung.

Berlin, 26. September. Bekanntlich ist der neue bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld in Begleitung des Ministers des Innern Schreyer gestern in Berlin eingetroffen, um mit der Reichsregierung über die schwierigen Unstimmigkeiten zwischen dem Reich und Bayern zu verhandeln. Wen über den Inhalt dieser Verhandlungen, die bald nach dem Eintritt des Grafen Lerchenfeld begannen, auch Genaues noch nicht bekannt geworden ist, so wird doch in hiesigen politischen Kreisen angenommen, daß als Grundlage dieser Verhandlungen in der vom Grafen im bayerischen Landtag gehaltenen Antrittsrede programmatisch festgelegt "Treue zum Reich" gilt. Liegt also die Gefahr einer bayerischen separatischen Politik nicht mehr vor, so ist zu hoffen, daß in den Differenzen, die die vorwiegend auf staatsrechtlichem Gebiete liegen und eigentlich mehr Kompetenzstreitigkeiten als solche prinzipieller Natur sind, eine Übereinstimmung zwischen dem Reich und der bayerischen Staatsregierung erzielt werden wird.

Bemerkenswert hinsichtlich der Unterstützung, die der neu Ministerpräsident bei den Koalitionsparteien in Bayern findet wird, scheint eine Erklärung zu sein, die die bayerische Mittelpartei soeben im Zusammenhang mit der Programmrede Lerchenfelds gibt. Die Partei erklärt, daß sie durch ihre Haltung kein Misstrauen gegen seine Person befinden wolle und seiner Regierung die Unterstützung nicht verweigern werde, so lange und so weit sie an den Grundzügen der bayerischen Politik festhalte.

Wie von maßgebender Stelle verlautet, würden die Beratungen des Überwachungsausschusses für eine weitere Klärung der bayerischen Fragen im gegenwärtigen Augenblick nicht förderlich sein. Mit Rücksicht auf die Lage der Dinge würde die heutige Sitzung des Überwachungsausschusses bereits abgesagt.

Stinnes über Europas Wiederaufbau.

Unter obiger Spitzmarke bringt die heutige Morgenausgabe der "Poßischen Zeitung" ein Interview, das der Berliner Vertreter der amerikanischen "Saturday Evening Post" mit Stinnes gehabt hat. Auf die Frage, ob Deutschland die Wiedergutmachungsverpflichtungen einhalten könnte, antwortete Stinnes, dies sei unmöglich, denn abgesehen davon, daß das ganze System der Reparation falsch sei, werde die deutsche Valuta durch die ständige Nachfrage nach Devisen und durch die Überspannung des Notenpreises ständig weiter entwertet und dadurch der deutsche Kredit noch weiter eingeschränkt. Wenn Deutschland aus seinem Exportüberschub bezahlen soll, muß es wenigstens fünf Millionen mehr Industriearbeiter haben; woher sollen wir die nehmen? Die einzige praktische und dauernde Entente, die zugleich eine Garantie für den dauernden Wirtschaftsfrieden bietet, sei ein wirtschaftlicher Vollverband, der die Vereinigten Staaten, England und Deutschland umschließt. Der gemeinsame Anstrengungen dieses Verbandes bedürfe es auch, um die Wirtschaft Englands zu reorganisieren, denn ohne Ruhland könne Europa und die Welt nicht wieder hergestellt werden. Mehr als alles andere bedürfe die ganze Welt einer aktiven Mitarbeit der Vereinigten Staaten an den europäischen Angelegenheiten.

Ein Ultimatum an Ungarn.

Paris, 25. September. Die Botschafterkonferenz hat dem Präsidenten der ungarischen Delegation in Paris eine neue Note über das Burgenland zugesetzt. In dieser wird verlangt, daß die ungarische Regierung in kürzester Zeit, und zwar in weniger als acht Tagen, das Burgenland vollständig räume, und zwar an Hand eines Planes, den die alliierten Generale haben. Sollte sich die ungarische Regierung weigern, dem Ultimatum nachzukommen, so behielten sich die Alliierten vor, Zwangsmaßnahmen in Anwendung zu bringen.

Wien, 25. September. Der Ausschuß für Auswärtiges beschäftigte sich gestern mit dem Vermittlungsvorschlag, den der tschechische Minister des Äußeren, Dr. Benesch in der gestrigen Zusammenkunft in Hainburg dem Bundeskanzler Dr. Schröder überbrachte. Der Vermittlungsvorschlag Ungarns lautet dahin, daß Ungarn sofort das ganze Burgenland räume, wenn sich Österreich unter der Garantie der Tschechoslowakei verpflichtet, im Vertragsweg sicherzustellen, daß später Odenburg mit engster Umgebung zurückgegeben wird. Die Parteiführer konnten sich gestern für den Vertrag zur Preisgabe der Österreich im Friedensvertrag zugesprochenen Stadt Odenburg nicht entschließen. Auch ein von sozialdemokratischer Seite gestellter Vermittlungsvorschlag, die Zugehörigkeit Odenburgs von einer Volksabstimmung abhängig zu machen, hat bisher nicht die Zustimmung der Mehrheit des Ausschusses gefunden. Heute werden sich die einzelnen Parteien erneut mit dieser Frage beschäftigen.

Lloyd Georges Antwort an de Valera.

London, 25. September. Die Antwortnote Lloyd Georges an de Valera ist gestern allen Kabinettsmitgliedern zur Begutachtung vorgelegt worden. Nach den vorliegenden Informationen ist diese Antwort in klarer Form gehalten und sagt, daß Irland auf dem Standpunkt steht, ein souveräner und unabängiger Staat zu sein, keine Konferenz zwischen den Mitgliedern der britischen Regierung und den Sinnfeinden möglich sei.

London, 25. September. In gut informierten Kreisen erklärt man, daß die Note Lloyd Georges in zwei Punkte geteilt sei und voraussichtlich die Frage stellt, in welcher Eigenschaft de Valera an einer Konferenz teilnehmen wolle, außerdem auf welcher Basis die Verhandlungen dieser Konferenz eröffnet werden sollten. Lloyd George soll erklärt haben, daß seine neue Note eine definitive Antwort de Valeras ertheile.

Die Revolutionsbewegung in Indien.

London, 25. September. Neue schwere Unruhen haben in Indien stattgefunden. Englische Soldaten und Zivilpolizei, die sich aus Hindus zusammenfassen, sind mit den Aufständischen in der Nähe von Chacrata zusammengestossen. Mehrere Tote und Verwundete werden gemeldet. Auch aus anderen Teilen Indiens laufen äußerst alarmierende Nachrichten ein. Ein Moplahpriester hat ein "Königreich des Kalifats" und sich selbst zu dessen Gouverneur ausgerufen. In einer Rede, die der geistige Führer der ganzen Bewegung Gandhi in Madras gehalten hat, beschuldigte er die englische Regierung, sie betreibe eine Politik der Provokation und reize die Völker zu Gewalttaten auf.

Sowjetrußland.

Todesstrafe für Plünderei von Eisenbahnwagen.
Riga, 25. September. (PAT.) Viele Meldungen berichten, daß das provvisorische Programm der Washingtoner Konferenz, das von den Vereinigten Staaten ausgearbeitet wurde, folgende Punkte enthält: 1. Beschränkung der Land- und See- rüstungen, 2. Die Kontrolle neuer Kriegsmethoden, 3. Die Frage des stillen Ozeans und des fernen Ostens.

Neue Sowjetbanknoten.

Moskau, 24. September. Der Rat der Volkskommissare beschloß die Ausgabe neuer Wertpapiere für 1, 5 und 10 Millionen Sowjetrubel. Die Höhe der Emission wurde nicht beschränkt, sie soll sich nach dem „tatsächlichen Bedarf“ richten.

Wiedenfelds Empfang.

Moskau, 24. September. (PAT.) Beim Empfang des Vertreters der deutschen Regierung, des Geheimrats Prof. Dr. Wiedenfeld, sagte der Kommissar Kalinin, das deutsche und russische Volk hätten immer gemeinsame Interessen gehabt. Es sei erwünscht, daß die Verbindung zwischen den beiden Völkern in Zukunft noch enger würde. Die Verbindung des deutschen technischen Wissens und der Organisationsgabe der Deutschen mit den natürlichen Reichtümern Russlands würde sowohl für Deutschland als auch für Russland von hohem Wert sein.

Der Zustrom der Hungernden nach Petersburg.

Moskau, 24. September. (PAT.) Aus Petersburg wird offiziell gemeldet, daß der Zustrom von Flüchtlingen aus den von der Hungersnot betroffenen Gebiete dauert zunimmt. Die Mehrzahl der Flüchtlinge bilden die Kinder.

Jagd nach Fahnenflüchtigen an der russisch-litauischen Grenze.

Moskau, 24. September. (PAT.) Die Sowjetregierung verhängt die Truppenabteilungen an der lettisch-russischen Grenze. Der Zweck dieser Maßnahme ist die Bekämpfung der stark um sich greifenden Fahnenflucht in der roten Armee.

Wieder eine Konstituante.

Hannover, 24. September. (PAT.) Berichten aus Moskau zu folge, beabsichtigt die Sowjetregierung die Zusammenberufung einer Konstituante nach einer solchen Wahlordnung jedoch, daß die Stimmenmehrheit für die kommunistische Partei gewahrt ist.

Heuschreckenplage.

Riga, 25. September. (PAT.) Aus Moskau wird berichtet, daß sich im Bezirk von Kazan Massen von Heuschrecken zeigten, die im Verlaufe von zwei Tagen alle Pflanzen der ganzen Umgebung vernichteten.

Bolschewistische Befürchtungen.

Riga, 25. September. (PAT.) Die Kommunisten verteilen Flugblätter in der Stadt, in denen sie angeben, daßlettland, Polen und Rumänien mit Unterstützung Frankreichs beabsichtigen, Russland zu überfallen, um den Kommunismus niederzudrücken.

Die Arbeitslosenkrise in England.

London, 25. September. Der Kampf gegen die Arbeitslosenkrise wird von Tag zu Tag lebhafter. Die Vorschläge der Regierung scheinen in keiner Weise unbedingte Anerkennung zu finden. Sie haben bisher auch in der Tat nichts an dem englischen System geändert, das bei der Hilfe für die Arbeitslosen eine Belastung der Kommunen zur Folge hat, und das mittlerweile die ärmsten Stadtteile und Ortschaften, die auch die meisten Arbeitslosen zu unterstützen haben, gleichzeitig diejenigen sind, die am schwersten von den Bauschäden belastet werden. Ein Manifest ist veröffentlicht worden, daß von dem Parlamentskomitee der Trade Union gemeinsam mit dem Exekutivrat der Arbeiterpartei ausgearbeitet worden ist. Die Forderungen dieses Manifestes gipfeln darin, daß die Hilfe für die Arbeitslosen eine nationale Sache sei, die das ganze Volk gemeinsam angeht und die also auch gemeinsam gelöst werden müsse.

Ein japanisch-amerikanischer Krieg unvermeidlich.

Florenz, 23. September. „Giornale dell'Popolo“ veröffentlicht eine Unterredung mit einem hervorragenden japanischen General, der sich zeitweilig in Italien aufhält. Der General erklärt, daß ein Krieg zwischen Japan und Amerika unvermeidlich sei. Er werde spätestens im Jahre 1925 ausbrechen, wenn die Flottenträger beider Staaten bereit sind.

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Leontine von Winterfeld.

(18. Fortsetzung.)

(Nachdruck untersagt.)

„Aber warum nicht, Gisela? Unsere Wohnung ist ja so wunderschön kühl und dann der Balkon und das Grüne. Knut hat eine große Arbeit vor, die er in Ruhe zu Ende bringen will.“

„Na, in Nilmmer hättest du doch dieselbe Ruhe.“

Knut spielte mit dem Aschebecher.

„Das wohl, Ruhe schon. Aber nicht all das Material aus der Universitätsbibliothek, was ich dazu brauche.“

„Warum geht denn Lies nicht allein nach Nilmmer? Landluft ist doch auch gesünder. Sie ist hier schon ordentlich spitz geworden.“

Aber Lies schob ihre Hand leise unter den Arm ihres Mannes.

„Ich kann allein lassen? Da hätte doch keiner von uns etwas davon.“

Knut streichelte leise ihre Hand.

„Nein, da hätte keiner von uns etwas davon. Und so bleiben wir beisammen. Da ist's auch allemal am schönsten.“

„Herrjeh, stellt ihr euch an!“

Gisela reckte lachend die Arme.

„So viel Verliebtheit! Ist das nun Wahrheit oder Dichtung? Na, ich reise jedenfalls bestimmt nächste Woche nach Tirol. Einerlei, ob Ernst mitkommt oder nicht. Man ist doch nicht Sklavin.“

Nach dem Essen als die Lampen angezündet waren, fiel Lies' Blick auf eine prachtvolle Napoleonbüste in Ernst's Arbeitszimmer, die sie vorher noch nicht darin gesehen. Sie konnte sich gar nicht satt daran sehen. Knut rückte seinen Kniebecher zurück und musterte auch begütigten Helfen.

„Ich habe sie mir nämlich kürzlich in der Kunstsammlung gesehen,“ erklärte Ernst und strich weich über die Bronze. „weil mir das Ding so sehr gefiel.“

Das Programm für Washington.

Bordeaux, 25. September. (PAT.) Die Zeitungen berichten, daß das provvisorische Programm der Washingtoner Konferenz, das von den Vereinigten Staaten ausgearbeitet wurde, folgende Punkte enthält: 1. Beschränkung der Land- und See- rüstungen, 2. Die Kontrolle neuer Kriegsmethoden, 3. Die Frage des stillen Ozeans und des fernen Ostens.

Das Unglück in Oppau.

300—400 Tote.

München, 25. September. Die letzten aus Ludwigshafen hier eingetroffenen Nachrichten lassen die dortige Katastrophe hinsichtlich der Menschenverluste doch etwas weniger furchtbar erscheinen, als nach den ersten Meldungen anzunehmen war, die von Tausenden Toten sprachen. Nach einer Meldung, die zuverlässig erscheint, sollen 800 bis 400 Todesopfer zu beklagen sein. Ein sicherer Überblick läßt sich zur Stunde noch nicht gewinnen.

Frankösische Truppen helfen.

München, 25. September. (PAT.) Nach der Explosion in Ludwigshafen trafen französische Truppen ein, die sich lebhaft an der Rettungsaktion beteiligten. Hierbei wurden zwei französische Soldaten schwer verwundet. General Degoutte traf am Platz der Katastrophe ein. Die Rheinarmee organisierte eigene Schulen für die Familien der Opfer der Katastrophe. Der Oberkommandeur stiftete 75 000 Franken für das Arbeitshilfsamt.

Beileidskundgebung der Reichsregierung.

Der Reichskanzler hat, wie wir hören, an die badische Staatsregierung, an den Regierungspräsidenten in Speyer und an die Stadt Mannheim Telegramme geschickt, in denen er die Teilnahme der Reichsregierung anlässlich des schweren Explosionsunglücks in Oppau ausprach.

Beileid des deutschen Städteages.

Oberbürgermeister Bild (Berlin) hat dem Gemeindevorstand Oppau namens des Deutschen Städteages sein tiefschätziges Beileid ausgesprochen.

Spende der deutschen Regierung.

Berlin, 26. September. (PAT.) Die deutsche Regierung spendete 10 Millionen Mark als Hilfe für die Opfer der Katastrophe in Oppau. Etliche Städte stifteten gleichfalls größere Summen für den genannten Zweck. Der deutsche Reichskanzler fordert zur Bildung von Hilfkomitees in ganz Deutschland auf. Die ausländischen Regierungen, unter anderen der Vertreter Frankreichs, haben ihr Beileid ausgesprochen. Die Beerdigung der Opfer der Katastrophe findet am Sonntag statt.

Hilfe des Auslandes.

Wien, 24. September. Die Gemeinde Wien hat als Zeichen ihrer Anteilnahme für die Opfer der Oppauer Katastrophe 300 000 Kronen gespendet.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet, daß die Neuhörler Zeitungen ausführliche Berichte über die furchtbare Explosionskatastrophe von Oppau bringen. Sie bezeugen den unglüdlichen Opfern und ihren Hinterbliebenen herzliche Teilnahme. Bantler Zimmermann leitete bereits eine Sammlung für die Hinterbliebenen ein. — Die Neuhörler Staatszeitung und die „Herald Corporation“ haben eine Sammlung für die Opfer des Unglücks von Oppau eröffnet. — Aus Zürich wird gemeldet, daß der schweizerische Bundestat die schweizerische Gesandtschaft in Berlin beauftragt habe, der deutschen Regierung zur Katastrophe in Oppau seine lebhafte Teilnahme auszudrücken.

Die erste amtliche Verlustliste.

Ludwigshafen, 25. September. (Tel.-U.) Die Stadtverwaltung gab heute den Zeitungen die erste amtliche Verlustliste bekannt. Sie umfaßt 120 Namen. Die Beiseitung der Toten beginnt heute früh 9 Uhr und wird vermutlich den ganzen Tag in Anspruch nehmen. Es werden diejenigen Opfer beigelegt, deren Identität von ihren Angehörigen einwandfrei festgestellt werden konnte. Die übrigen Personen bleiben solange aufgebahrt, bis ihre Persönlichkeit von den Angehörigen festgestellt ist. Sonntag morgen soll eine allgemeine Trauerfeier auf dem Friedhof stattfinden. Gegenwärtig weilen der bayerische Minister Oswald und der Regierungspräsident von Speyer an der Unglücksstätte.

Ein neues Explosionsunglück.

Karlsruhe, 25. September. Die Stoffwerke in Kleindauenberg waren heute der Schauplatz eines Explosionsunglücks, das die Sauerstoff-Abfüllanlage des Werkes vollständig zerstörte. Mehrere Arbeiter wurden getötet, etliche schwangig verwundet. Der Materialschaden ist beträchtlich und konnte bisher noch nicht annähernd ermittelt werden. — Durch die Explosion wurde gleichzeitig die Starkstromleitung nach Mühlhausen im Elsass zerstört.

Republik Polen.

Journalistentagung in Lemberg.

Lemberg, 25. September. (PAT.) Am Freitag um 11 Uhr vormittags fand die feierliche Eröffnung der Tagung der Journalistenvereinigungen und die erste öffentliche Sitzung statt. Anwesend waren 70 Delegierte, die 18 Vereine vertreten. Bei der Eröffnungsfeier waren auch der Erzbischof Bazykiewski und der Bischof Wardowski als Vertreter der Geistlichkeit anwesend. Die Regierung vertrat der Wojewode Grabowski, der Stadtkommandant Oberst Jasinski, der Vertreter des Generalquartiers Lände, General Stanislaw Haller und der Brigadegeneral Maciński und andere Herren. Außerdem waren Vertreter verschiedener Regierungsinstitute, Vertreter der Lehr- und Kunftskörper, von kulturellen und sozialen Institutionen anwesend. Nach dem Absingen einer Kantate durch den Chor sprach Dr. Vogel. Er bemerkte, daß der gegenseitige Austausch von Ansichten von Pressevertretern nicht nur für sie selbst von Nutzen ist, sondern auch im Interesse des ganzen Volkes liegt. Dr. Vogel betonte, daß die litauische Angelegenheit einen traurigen Schatten auf den Verlauf dieser Tagung werfe. Nach ihm sprach Kazimierz Bartosiewicz, der beide Entwürfe Gymnasien charakterisierte und an die Erscheinungen und Leiden erinnerte, die die Lösung der litauischen Frage mit sich bringt. Darauf wurde ein Präzessum gewählt. Der Vertreter Schlesiens Bazykiewski betonte, daß außer der Wilnaer Angelegenheit auch eine idyllische Frage besteht. Er dankte der Presse und der Gesellschaft für die bisherige Hilfe und bemerkte, daß, wenn der Völkerbund nicht den Willen der Bevölkerung anerkennt, dann die Bevölkerung Oberschlesiens den Willen des Völkerbundes nicht annehmen kann. Der Vertreter des Wilnaer Gebiets erklärte, daß die Bevölkerung Wilnas die Entscheidung des Völkerbundes mit Ruhe angenommen habe.

† Rassenassigilate für requirierte Pferde. „Przeglad Wieczorny“ teilt mit, daß die Bevölkerung von Rassenassigilaten für requirierte Pferde aus dem Jahre 1919 die ihnen zustehenden Summen in den betreffenden Staatsklassen abheben können.

† Polisch-tschechoslowakische Wirtschaftsverhandlungen. Die Delegationen der polnischen und der tschechoslowakischen Regierung führen sehr intensive Beratungen. Die Verhandlungen finden im großen Versammlungsraum des Ministeriums für Industrie und Handel oder im Außenministerium statt. Bisher fanden schon zwei Versammlungen der Unterkommission für allgemeinen Handel statt. Sonnabend haben sich verschiedene Mitglieder der tschechoslowakischen Delegation in einem Sonderzug zur Eröffnung der Demberger Messe begeben.

Deutsches Reich.

** Reichskanzler Wirth über die Gefahren der deutsch-sowjetischen Reparationspolitik. Der Reichskanzler Dr. Wirth hat einem Berichterstatter des „Giornale d'Italia“ ein Interview gewährt, in dem er sagt, daß die deutschfeindliche Reparationspolitik eine große Gefahr für die Republik sei. Nach dieser Einleitung legte Dr. Wirth die Schwierigkeiten des Reiches dar. Deutschland könne in Zukunft die Entente nicht mit der gleichen Leichtigkeit bezahlen, mit der es die erste Milliarde gezahlt habe. Um die augenblickliche Krise zu unterstreichen, wies der Kanzler auf den Lieftest der deutschen Mark hin. Er sagte, wenn Deutschland fortsetze, in Gold zu zahlen, sei der Bankrott unvermeidbar. Deutschland erhoffe die Unterstützung Italiens in der oberschlesischen Frage.

** Lärmszenen in der badischen Kammer. Vor vollbesetztem Haus verhandelte am Freitag der badische Landtag die deutsch-nationalen Interpellationen über das Verbot der „Süddeutschen Zeitung“, das Verbot der Regimentsfeiern und über Ausschreitungen im Anschluß an die sozialistischen Demonstrationen in Heidelberg nach der Ermordung Erbergers. Staatspräsident Truttmann verteidigte zunächst in ruhiger Weise die Stellungnahme der badischen Regierung. Plötzlich aber wurde er von einer starken Erregung erfaßt und betonte, daß es nicht nur Links, sondern auch Rechtsbolschewisten gäbe. Diese Bevölkerung brüllte er mit wütenden Faustschlägen auf den Tisch und auf die Deutschen mit den Worten „Unverschämtheit“ und anderen Ausdrücken gegen die Regierung losgingen. In dem nun entstehenden tumult fielen Ausdrücke wie „Vaterlandsvater“, „Schieber“ usw. Nach längerer Ruhe konnte die Ruhe wiederhergestellt werden.

** Die Mörder Erbergers haben sich, wie es schint, nach der Schweiz geflüchtet. Die Polizei verfolgt eifrig ihre Spur. Man vermutet, daß sie sich in der Ostschweiz aufhalten.

Freistaat Danzig.

† Das Eisenbahnabkommen unterzeichnet. Bei dem Senat ist von der Danziger Delegation in Genf folgende wichtige telegraphische Nachricht eingegangen:

Heute nach langwierigen Verhandlungen Eisenbahnbündkommen unterzeichnet. Übertragung von bestimmten Anlagen nur nach Bedingungen, welche zwischen Hafenausschuß und

Gisela fuhr mit ihrer schlanken Hand über die Bronze. „Hauptstelle ist, mein Lieber, Du hast Mitleid mit ihm weil er unglücklich war.“

Ernst nickte.

„Mag sein, daß Du recht hast. Denn Unglück forbert wohl leider meist unser Mitleid heraus. Was sich bei den sentimentaler angelegten Naturen, den Frauen, dann als Schwärmerkund tut, die leicht in falsche Bewunderung ausartet.“

„Wovon ich mich auszunehmen bitte,“ — Gisela verschloß die Hände hinter dem Kopf.

Knut stülpte die Asche von seiner Zigarette.

„Das steht fest, daß erst durch das Unglück jeder Mensch uns persönlich nahe gebracht wird. Wäre Napoleon bis zu seinem Tode vom Glück begünstigt gewesen, so würde er wohl kaum jemals so viel Sympathien erntet haben. Aber die Dornensonne von St. Helena hat ihn zum Märtyrer gestempelt.“

„Und dann Marie Luises Treulosigkeit,“ sagte Lies.

Ernst sah auf.

„Wie?“

(Fortsetzung folgt.)

Zum Todestag von Hermann Löns.

(Gestorben am 26. September 1914.)

Herbstzeit, Jagdzeit. Da hält es den echten Jäger nicht zu Hause. Er zieht den alten Lodenrock an, schnürt die Gamaschen um, hängt den Rucksack auf den Rücken, stülpt den grünen Hut auf, nimmt die Jagdwaffe und hinaus gehts ins Revier, ob es nun dem Volk der Rehjhühner gilt oder dem flüchtigen Freund Lampe, dem wilden Kaninchen oder dem städtlichen Vogel, der zur Brunnentiere seinen Kamfratz erschallen läßt. Für alles, was den deutschen Weidmann ins Revier zieht, was sein Herz erhebt und sein Auge erfreut, dafür hat der Dichter Hermann Löns, selbst ein Jäger von echtem Schrot und Korn, zielssicher und wahren Ausdruck gefunden. Für einen Jäger taun es nichts Schöneres als seine Jagdkünste und Tiere geschrieben, mit ihren haunenden Schilderungen, ihren anschaulichen Naturbildern und ihrer

Polen zu vereinbaren. Besonderer Vertrag über Verwaltungsgrenzung zwischen Hafenausschuss und Polen vorbehalten. Hauptvertrag hätte Aktiengesellschaft mit Danziger polnischer neutraler Beteiligung. Steuerfreiheit begrenzt auf direkte Steuern für Verwaltung selber. Im übrigen Abkommen über Steuern Polen trägt Schülosten usw. Danziger Appell wurde zurückgezogen. Beide verzichteten auf Appell gegen die zweite Entscheidung. Militärische Verteidigung und Anlegesachen nach eingehender Auseinandersetzung unter Beteiligung Danziger Vertreter voraussichtlich in nächsten Tagen durch Rat an Oberkommissar zu erneuem Bericht verwiesen. Ein treffen Dienstag früh.

* Das polnisch-Danziger Transitabkommen. Zwecks Ausführung des von Polen im eigenen Namen und im Namen der freien Stadt Danzig in Paris am 21. April 1921 unterzeichneten Transitabkommen wurde im polnischen Außenministerium eine Transitkommission gebildet, deren Vorsitzender Departementsdirektor K. Olschowski ist. Als Mitglieder werden in die Kommission die Vertreter des Kriegs-, Finanz-, Eisenbahns und Baumimisteriums eintreten. Auf Grund des Vertrages vom 21. April 1921 hat sich Polen verpflichtet, Deutschland den freien Verkehr zwischen Ostpreußen und dem Reiche durch das ehemals preußische Gebiet sowie Danzig zu gewähren. Dafür wird Deutschland eben solchen Verkehr zwischen Polen und der freien Stadt Danzig durch das deutsche Gebiet des rechten Weichselufers gestatten.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 26. September.

Zur Auflösung der deutschen Bürgerschulen in Bromberg.

In der am Donnerstag abgehaltenen Stadtversammlung in Bromberg wurden entgegen der vorhergehenden Sitzung, in der ausschließlich in polnischer Sprache verhandelt, die Verhandlungen wieder deutsch und polnisch geführt. Unter den Beratungsgegenständen ging ein Einspruch der Bürgerchaft deutscher Zunge gegen die plötzliche Auflösung der deutschen gehobenen Bürgerschulen und forderte erneut, daß die Behörde durch Bereitstellung eines geeigneten Gebäudes und durch eine Subvention einen pflichtgemäßen Anteil für den Bestand dieser deutschen Schule übernehme. Die Vertreter der deutschen Bürgerschaft stellten fest, daß die verantwortlichen Behörden bei der Regelung der Schulangelegenheit nicht von den Grundsätzen der Willigkeit geleitet wurden, die allein dem Zusammensetzen der beiden Nationalitäten in unserem Gemeinwesen die Wege zu ebnen vermag.

Der Stadtpresident erwiderte, daß nicht er allein, sondern der Magistrat und die Stadtverordneten über die Schulfrage zu beschließen hätten. Es sei seinerzeit eine Kommission gebildet worden, die die Frage prüfen sollte. Die deutschen Vertreter hätten Forderungen gestellt, welche die Stadt unmöglich befriedigen konnte. Die polnischen Schulen hätten sich in den letzten Jahren bedeutend entwickelt, sie seien so stark besucht, daß die Stadt mit den jetzigen Gebäuden nicht mehr auskommen könnten, und in erster Linie werde es Pflicht der Stadt sein, den polnischen Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen, denn sonst müßte ihr der Vorwurf gemacht werden, daß die polnischen Kinder benachteiligt werden. Die Stadt werde gern bereit sein, den deutschen Schulen eine Subvention zu geben, und wenn in dieser Beziehung ein greifbares Ergebnis noch nicht erzielt worden sei, so liege dies an den deutschen Vertretern, die der Einladung der Kommission nicht Folge geleistet haben. Der Stadtpresident betonte, daß die Stadt allerdings nur für polnische Bürger deutscher Zunge Aufwendungen machen könne, nicht etwa auch für diejenigen, die für einen fremden Staat optieren. Seminardirektor Pfeiffer Philipp trat diesen Ausführungen bei und wies den Protest als ungerechtfertigt zurück. Er nannte diesen Protest eine "Sche", denn der Stadt könne kein Vorwurf gemacht werden, daß die deutschen Schulen vernachlässigt. Die deutschen Vertreter trügen allein die Schuld daran, wenn die Frage der deutschen Schulen nicht geregelt worden sei. Stadtverordneter Korth, der den Protest eingebracht und auch begründet hatte, entkräfzte diese Ausführungen durch die Mitteilung, daß ihm von einer Einladung deutscher Vertreter zu den Kommissionsitzungen nichts bekannt sei.

* Die erste Stadtverordnetensitzung nach den Ferien ist für Mittwoch nachmittag 6 Uhr einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte:

Wahlen, Bewilligung einer einmaligen Teuerungsablage für die städtischen Beamten, persönliche Angelegenheiten, Erhöhung des Wasserpreises, des Preises für elektrischen Strom, der Verpflegungsabgaben im Stadtkrankenhaus, Aufhebung der Montagsdienstmarkte,

eindrucksvollen Sprache. Und wenn Du lieber Leiser, selbst ein Jäger bist, Lön's noch nicht kennst, dann erhole Dir mal, trotz der schlechten Valuta, entweder "mein grünes Buch" oder "Kraut und Rot" von Hermann Löns und vertiefe Dich hinein, es wird Dich nicht gereuen. Wenn du aber, lieber Leiferin, deinem Manne oder seinem Bruder einen Genuss verschaffen willst, dann lege ihnen eins von diesen Büchern auf seinen Geburtstags- oder Weihnachtstisch, und Du wird großen Dank erntesten. Es wird nicht lange dauern, dann wird Du selbst darin blättern und nicht eher aufhören, bis Du alle Skizzen und Geschichten gelesen hast, und immer wieder wird Du in stillen Stunden zu ihnen zurückkehren. Wie ergötzlich ist z. B. die Geschichte von "Münchmann", dem Hafen, von seinen Freuden und seinen Freuden, oder von "Merkelich", des jungen Schneiders Hans Minnesfahrt.

Derselbe aber von den verehrten Lesern und Leserinnen; der gern summend und träumend durch die stille Heide geht, wenn sie in ihrem Blütenstaub orangt, der greife zu Lön's "braunem Buch" oder seinen "Heidebildern"; er wird viel Schönes entdecken und mit seinen anderen Augen und viel offeneren Sinne der Natur wieder gegenüberstehen. Alle diese Werke nebst dem "Lön's Buch" gehören auch in die Hände unserer Jugend, in jede Volks- und Jugendbibliothek.

Wenn jetzt der Spätsommer noch einmal den vollen Glanz der Sonne hält, die Erde giebt, wenn die klaren Herbsttage kommen mit blauem Himmel und weißen Wolken, dann wird Du noch einmal an einem Tag hinausziehen zu unseren Wäldern und Seen, um Abschied zu nehmen vom heidenden Sommer. Wandere Dich dann nicht, wenn Du auf Deiner Wanderung der Wind Klänge von deutschen Liedern höre, die aus dem "kleinen Rosengarten" von Lön's stammen, Lieder von jolicher Schönheit und Süße, als wenn es wirklich Volkslieder wären. Machst Du dann Rast auf weitem Sand, vor Dir den blauen See mit seinen hohen Felsen, beschien von den leichten Strahlen der untergehenden Sonne und umtönt von dem Glühen und Plätschern der leisen Wellen, dann singt Du vielleicht selbst das Lied von der Rose im Schnee: "Rose weiß, Rose rot, wie süß ist doch Dein Mund", das Lied von der Heide: "Rosmarinheide zur Maiengelt blüht", oder der Sonne: "Viel hundert weiße Lilien im Klostergarten steht". Und ihre Blüte wird noch lange in Dir weiterklingen, in die graue Welttagessonne hinein.

Am Wintertag wiederum, wenn draußen der kalte Nordost um das Haus pfeift oder auf der Straße der Schnee vor Frost knirscht, dann fühlst Dich an den warmen Oden (falls Du bei den jetzigen Zeitungsberichten über einen verfügt), nimm Dir abermals Lön's vor, diesesmal seine Romane, und vergiß über ihnen die Not und das Leid unserer Tage. Lies den "letzten Hansbur", einen Roman aus der Lüneburger Heide, ein prächtiges Stück alien Heimatlebens, ein Sittenkrimi der vergangenen Bauernzeit. Noch höher zu stellen ist der

Besstärkung verschiedener Titel des Stadthaushaltvoranschlags, Erhöhung der Ladegebühren bei der Umschlagstelle, Gebühren erhöhung des Schlach- und Viehhofs, Erhöhung von Ausgabettiteln beim Voranschlag des Schlach- und Viehhofs, Besstärkung von Titeln der Allgemeinen Verwaltung, Namensänderung einer Stiftung, Gebührenfestsetzung für das Mietseinsigungsamt, Verkauf von städtischen Gelände, Mietbewilligung zum Ankauf von Karioffeln, Magistratsbericht über die Kohlenförderung.

* Die Frist zur Abgabe der Steuererklärungen für 1921 läuft, worauf in letzter Stunde nochmals hingewiesen sei, mit dem heutigen Montag ab.

Welche Zeitung soll ich halten? das „Posener Tageblatt.“ Warum?

Das „Posener Tageblatt“ vertritt manhaft und ernst die Interessen der Deutschen in Polen, es unterrichtet schnell und zuverlässig über die politischen Vorgänge und die wirtschaftliche Lage in Polen und im Auslande, es nimmt in Beiträgen aus der Feder sachkundiger Männer selbständig Stellung zu den Lagesfragen, es berichtet eingehend über Ereignisse aus der Welt der Literatur, der Kunst und der Wissenschaft, es bietet reichen Unterhaltungstoff und es bringt außer dem täglichen Zeitungsschiff wöchentlich zwei wertvolle Beilagen: die „Frauenzeitung“ und die „Wirtschaftszeitung“.

Man bestelle daher sofort das „Posener Tageblatt“.

auch den Arbeitern nicht, welche ein bedeutend höheres Einkommen haben als die Bahnbeamten, — Frau Landschaftsrat Kiehn aus Schubinendorf, Besitzerin des Rittergutes Lachow, hat den sieben Kindern zu Lachow, die, wie bereits berichtet, deren Kühe durch Überfahren von der Bahn getötet wurden, je 8000 Mark zum Ankauf von Kühen unter der Bedingung gewährt, daß 1500 Mark bei etwaiger Vergütung des Schadens von der Bahnverwaltung zurückgezahlt werden.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Warschau, 24. September. In Swiniotop, einer Ortschaft im Kreise Radomsko, überfiel eine Bande, die mit Karabinern und Revolvern ausgerüstet war, das Gehöft des Bauern Kowania und ermordete ihn, seine Mutter und seine 28jährige Schwester. Nach der Tat entkam die Bande unerkannt. Da die ganze Familie tot ist läßt sich schwer feststellen, wieviel Bargeld und andere Wertgegenstände geraubt worden sind. Die Polizei hat die mutmaßlichen Täter bereits festgestellt. Gegenwärtig wird nach ihnen gesucht. — In Błockawiec ist der Inhaber einer Gastwirtschaft Drzewiecki ebenfalls von Banditen erschlagen worden. Da am Morgen früh die Restauration geschlossen blieb, versuchte sich die Polizei gewaltsam Eingang in die Wohnung und stand drei Minuten fürchterlich vor dem Haus. Der Restaurationsbesitzer und seine Frau waren durch Messerschläge und Stich umgebracht, der neunjährige Sohn unter Tassen erstickt worden. Der Polizei gelang es, festzustellen, daß es sich um drei Mörder handelt, die in alter Rute die Wiedertat beginnen und die Wohnung ausraubten. Zwei Verhaftungen sind vorgenommen worden.

Neues vom Tage.

* Überschwemmung in Spanien. Die letzten Überschwemmungen haben sehr große Schäden angerichtet. Die Ernte ist an vielen Stellen vollkommen vernichtet. Viele Brücken wurden zerstört; viel Vieh ist umgekommen; Tausende von Menschen sind ohne Dach.

* Der französische Flieger de Romanet ist aus einer Höhe von 60 Metern tödlich abgestürzt.

* Dampferunglüx. Im Kanal Lamanche stieß der belgische Postdampfer "Breyel", der von Ostende nach Dover fuhr, mit dem norwegischen Handelsdampfer "Salina" zusammen, der 800 Tonnen Rauminhalt hatte und nach Hagesund fuhr. "Salina" sank in wenigen Minuten. Der Postdampfer dagegen erlitt nur leichte Beschädigungen. Von der Besatzung der "Salina", die 25 Personen zählte, kamen 9 ums Leben, darunter die Frau des Kapitäns.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Nurje der Posener Börse.

	Offizielle Kurse:	26. September	24. September
4% Posener Pfandbriefe (alte)		—	—
3%	Buchst. A u. B	—	—
3 1/2%	ohne Buchst.	—	—
3 1/2%	Buchst. C	—	—
4%	Buchst. D u. E	—	—
4%	(neue)	—	—
4% (neue) mit poln. Stempel		—	—
4% Pos. Pfandbriefe		—	—
4% Pos. Provinzialobligationen		—	—
3 1/2% Posener Prov.-Pfandbriefe		—	—
5 1/2% Obl. Legelski		—	—
6% Schuldcheine der Bank Kredyt.		—	—
Hibor. Barczanow.		—	—
Bank Zwiazku I-VII em. (ungef.)	220 + A	220 + N	
Bank Zwiazku VIII em. (ungef.)	220 + A	220 + N	
Bank Zwiazku IX em. (ungef.)	220 + A	220 + N	
Bank Handlowy. Poznań I-VII	335 + A	335 + N	
VIII	335 + A	335 + N	
Bank Dystryb. Bydg.-Gdańsk I-IV	505 +	505 + N	
Twiecki, Potocki i Sta.	320 +	—	
Bani Siemian I-III	200 + A	175 + A	
R. Barczanowski I-IV em.	170 +	450 + N	
Gentala Skor I-II	480 + A	440 + N	
III	440 + N	680 + A	
Duban	525 +	525 +	
Dr. Roman Maj I-III	495 + A	495 + A	
IV	480 +	470 + N	
Patria	470 +	—	
Pozn. Spółka Drzewiana (ezl. Kup.)	470 +	460 +	
G. Hartwig I-III em.	450 +	440 +	
C. Hartwig IV em.	280 + A	280 + A	
Cegielski I-VI em.	280 + A	280 + A	
Hurtownia Zwiazkowa	225 + A	225 + N	
Centrala Końkow	320 +	300 +	

Inoffizielle Kurse:

4 1/2% poln. Pfandbriefe	—	—
4 1/2% poln. Pfandbriefe (abgejt.)	—	—
Bank Centralny I-III	—	—
Bank Poznański (ezl. Bezugsr.)	240 + A	240 + N
Bank Przemysłowa	—	—
Biuro Komisji	—	—
Bank Śląska	—	—
Bank Ślęzoczenia I-II	190-195 +	180-190 + N
Bank Ślęzoczenia II	560 + A	595-570 + A
Beugrecht	810-800 + A	830 + N
Wyrob. Ceramiczny Krotoszyn	170 + N	175 + A
Drzewo Bronki	290-285 +	275 + N
Wista	850 + N	800-830 + N
Arcona	450 + A	430 + N
Brzeski Auto (ezl. Kupon)	—	—
Wagon Ostrogo	500 + N	490-500 + N
Wytworna Drzewnica Krotoszyn	480-475 + A	485-490 + N
Herzfeld Borkowice	675-670 +	660 + N
Orient	260-240 + A	300-270 + N
Sarmatia	600 - A	600-620 + N
Blawat	—	—
Fri	—	270 + N
Klanina	460 +	460 + N
Teresz. Pejsno	—	—
Papiernia Bydgoszcz	290-275 + N	310-300 + A
Trz. (ezl. Den.-St.)	—	250 + A
Hurtownia Skor I	330-310 + A	330 + N
Plac. Cegielski. Aug.-Grabowice	—	—
abel	200-210 + N	175-200 + N
Lord Wielkopolski	160 + A	160 +
Hurtownia Spółek Spółwz.	—	—
Neumatt	170 + N	175 + A

Getreidebörsen Posen vom 26. September 1921.

Seit einer Woche werden aus Anlaß des vollkommenen Warenmangels keine Preise notiert.

= Die polnische Mark. Englische Zeitungen bemerken, daß die polnische Mark im Verhältnis zum englischen Pfund den Niederrreicht habe, da am Sonnabend an der Warschauer Börse für ein englisches Pfund 2000 polnische Mark gezahlt wurden.

= Warschauer Getreidebörsen. Am Freitag, dem 28. September wurden an der Warschauer Getreidebörsen folgende Preise gezahlt: Roggen 7800, Felderbsen rauho Warschau 12000, im letzten Bericht wurde der Preis für Hafer falsch angegeben. Es muß heißen 6600 M. Die Preise verstehen sich für 100 kg netto loko Verladestation.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Poznań, 26. September.

Erhöhung der Eisenbahntarife.

Aus Anlaß der bekannten Erhöhung der Ausbeutungskosten der Eisenbahn hat das polnische Eisenbahnamministerium u. a. die Erhöhung der Personentarife angeordnet, die teilweise schon vom 10. d. Mts. in Kraft getreten ist, teilweise aber bis zum 1. Oktober d. J. durchgeführt werden soll. Bei dieser Anordnung beabsichtigte das Eisenbahnamministerium die Personentarife um 87 v. H. der bisherigen Gebühren in der 3. Klasse und in bedeutend höherem Maße in der 2. und 1. Klasse zu erhöhen. Aus dem Grunde jedoch, weil die Erhöhung aus Anlaß eines weiteren Steigens der Ausbeutungskosten nur unbedeutend auf die Verbesserung des kritischen Standes des Eisenbahnbudgets Einfluß haben kann, ist das Eisenbahnamministerium im Interesse des Reichsschatzes gezwungen, die Personentarife vom 1. Oktober in bedeutenderem Maße, als dies vorher beabsichtigt war, und zwar um 122 v. H. bis 197 v. H. der bisherigen Gebühren zu erhöhen. Für eine Person in der 3. Klasse ist der Preis auf 4 M. für das Kilometer, in der 2. auf 8 M. und in der 1. auf 12 M. für das Kilometer festgesetzt. Zugleich erhöht das Eisenbahnamministerium vom 1. Oktober ab die Gepäckgebühren um 100 v. H., so daß das Gepäck bis 10 Kilogramm und für eine Entfernung von 10 Kilometern in gewöhnlichen Personenzügen 4 M., in Gilzügen 6 M. betragen soll. Gleichzeitig soll als teilweises Entgelt der Höchstbetrag der Verantwortlichkeit für Verluste, Gewichtsmangel oder Beschädigung des Gepäcks um 100 v. H. erhöht werden. Diese Norm wird vom 1. Oktober ab 400 M. für das Kilogramm betragen.

Gegen den Wucher mit Zigaretten. Vom Amt zur Bekämpfung von Wucher und Spekulation geht uns folgende Mitteilung zu: Trotz der Warnungen hat ein Teil der Kaufleute der Tabakbranche die Anordnungen des Amtes zur Bekämpfung von Wucher und Spekulation, in denen dieses Amt davor warnte, daß das Fordern neuer erhöhter Preise für alte Zigaretten vorrätig, die zu früheren niedrigeren Preisen gefälscht wurden. Wucher sei nicht befolgt. Trotz der Beschwerde, die die Kaufleute der Tabakbranche einreichten, hat das Ministerium des ehemaligen preuß. Teilstaates im Schreiben vom 15. September d. J. deutlich erklärt, daß das Vorgehen des Amtes zur Bekämpfung des Wuchers und der Spekulation auf bindende Verordnungen geführt ist, und daß diese Beschwerde unbegründet ist. Ein großer Teil der Kaufleute benutzte die vor ein paar Tagen veröffentlichte Preiserhöhung für Zigaretten durch die Fabriken, forderte im Einzelverkauf für alte billigere Vorräte die erhöhten Preise und versuchte auf diese Weise Wuchergewinne zu erzielen. Das Amt zur Bekämpfung von Wucher und Spekulation hat infolgedessen eine Revision im größten Teil der Tabakläden durchgeführt und alte Vorräte, die zu neuen Preisen verkauft wurden, beschlagnahmt und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen. Das Amt zur Bekämpfung des Wuchers und der Spekulation wird sich bemühen, daß Kaufleute, die die oben genannten Unrechtmäßigkeiten begingen, beim Handel mit Tabakserzeugnissen auf Grund der Verordnung vom 23. September 1915 die Lizenzen gekündigt und ihnen für immer die Berechtigung zum Handel mit Tabakerzeugnissen genommen wird.

Einbruchsdiebstähle. In der Nacht zum Sonntag wurden im Hause Sw. Wojciech 7 b (fr. St. Adalbertstr.) aus einem Geschäft nach Einbrüchen der Schaukastenscheibe 20 Meter Modestoff im Werte von 100 000 M. gestohlen. — In der ul. Grota 14 a

(ir. Liebigstr.) wurden nachts aus einem Pierdestalle 1 Paar Nickelverdegechirre, eine Pierdeleine, ein Kutschermantel und mehrere Pierdedekaden im Gesamtwert von 546 000 Mark gestohlen. Aus einem Stalle in der ul. Dąbrowskiego 77 (früher Gr. Berlinerstraße) wurden ein Paar Pierdegechirre mit Messingbeschlag, ein Paar mit Nickelbeschlag, 2 Paar Pierdeleinen und ein Kutschermantel im Werte von 250 000 M. gestohlen. — Aus einer Wohnung des Hauses ul. Strusia 5 (fr. Parkstraße) wurden ein mit L. K. 1891 gezeichnete Trauring ein Brillantring und ein großes wohlenes Tuch im Werte von 40 000 M. gestohlen. — Aus einer Wohnung des Hauses ul. Polna 21 (fr. Feldstr.) wurden verschiedene Herren- und Damenkleidungsstücke und ein mit F. Z. gezeichnete Trauring im Werte von 55 000 M. gestohlen.

* Wollstein, 25. September. Bei den Krankenwahlen, die den Kreis Wollstein wurden von der deutschen Seite der Arbeitgeber 10 Herren, also die Hälfte der für den Kassenrat zu wählenden Mitglieder, und von der deutschen Seite der Arbeitnehmer 8 Herren gewählt.

* Graudenz, 25. September. Die für heut angestellten Krankenwahlen der Arbeitnehmer haben nicht stattgefunden, da man sich vorher über die Verteilung der Sitze in Güte geeinigt hatte. Darnach entfallen auf die polnische Berufsvereinigung 11, Freie Gewerkschaften 7 und Handlungsgehilfen und Angestellte 2 Sitze.

Hauptredaktion: Dr. Wilhelm Boenenthal.

Berantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Boenenthal; für Sozial- und Provinzialpolitik: Waldolf Herkelsmeier; für den Anzeigen: M. Grunmann. Druck und Verlag der Pöleser Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Rümlich in Poznań.

Bekanntmachung!

Wir geben hiermit frdl. bekannt, dass vom heutigen Tage ab für unsere Erzeugnisse nachstehende Preise in Gültigkeit getreten sind:

Zigaretten ohne Mundstück:

„Lukus“	Mk. 11.—	pro Stück
„Optima“	8.—	" "
„Five o'clock“	7.50	" "
„Smakosz“	6.50	" "
„Selamlif“	6.—	" "

Zigaretten mit Mundstück:

„Non plus ultra“	Mk. 6.—	pro Stück
„Grubas“	5.50	" "
„Manum“	4.50	" "
„Wanda“	4.50	" "
„Aromatica“	3.50	" "

Poznań, den 24. September 1921.

Fabryka wyrobów tytoniowych „SARMATIA“ Tow. Akcyjne w Poznaniu.

Verteilung von Griech für Kinder.

Auf den Abschnitt für den Monat Oktober der Milchfamilie (Besondere Lebensmittelkarte) für Kinder im ersten u. zweiten Lebensjahre können 1000 Gramm Weizengriech zum Preise von 24 Mark das Pfund entnommen werden.

Die Abschnitte sind neben Karten bei einem der nachgezeichneten Händler in der Zeit vom 24. bis 30. 9. 1921 vorzulegen. Die Händler trennen die bezüglichen Abschnitte und vermerken es auf den Karten. Die gesammelten Abschnitte haben die Händler an den Großhändler Woyniewicz, Nowy Rynek 13, abzuliefern, wo sie für Barzahlung Griech zur Verteilung an ihre Kundschaft empfangen werden. Die Haushaltungen können sodann den Griech gegen Vorlegung der erwähnten Milchfamilien vom 5. Oktober ab bei den nachfolgenden Firmen abholen:

Miejska (Poznańska) Sprzedaż Towarów Żywnościowych, plac sto. Krzyżki 4.

Becker, ul. Trzeciego Maja.

Kujawa, ul. Dąbrowskiego.

A. Machala, Rynek Jeżycki.

J. N. Leitgeber, Wielkie Garbary.

Matczyński, Chwaliszewo.

Antkowiak, Góra Wilda.

Sobierański, Góra Wilda (narożnik ul. Fabrycznej).

Majewski, ul. Poławska.

Kafas, ul. Forteczna.

Szelag, ul. Kreta.

Kopeć, sw. Wojciech.

Osiecka, Górczyn.

Sniegocki, ul. Matejki.

Poznań den 21. September 1921.

Magistrat der Stadt Poznań.

(—) Dr. Kiedacz.

Bekanntmachung.

Die Geschäftsräume des Miejski Urząd Węglowy werden mit dem 27. d. Mts. in die Magistratsräume pl. Sapięzyńskiego 10 b, parterre links, verlegt. Aus diesem Grunde ist der Miejski Urząd Węglowy am 26. u. 27. d. Mts. für den öffentlichen Verkehr geschlossen.

Poznań, den 24. September 1921.

Magistrat.

Welcher nach Deutschland verzehrende P. 461

Rechtsanwalt verkaufen e. m. i. niederl. Kollegen sein Büro? Ges. Mittell. an „Par“, Poznań, 27. Grudnia 18, u. 24002.

Suche Landwirtschaften
für Amerikaner von 20—60 Morgen sofort zu kaufen. Zahlung erfolgt in Deutschland. Off. mit Beipreisung und Preisangabe zu richten an Kaezör i Sp., Strzałkowo, ulica Nowa 4a.

Zuchtbullen, rotblutes Niederungsvieh (Ostfriesen), amm. Teil schon fruchtbar, hat abzugeben Wirtschaftsamt der Fideikommissherrlichkeit Lassil, powiat Kępno. (3086)

Möbel, Herrenzimmer, Eßzimmer und Schlafzimmer
billig zu verkaufen.
Tischlerei Skryta 13, an der ulica Matejki, Giełdowa 6 und 2.

Amerikaner

kaufen günst. geleg. Sägewerk, Mahlmühle, Ziegelei, chem. auch and. Fabrik od. ein Industriegut. Angebote nebst Beschreibung, Preis- u. Stationangabe u. L. S. A. 15 postlagernd Ostfj. (3072)

Wohnungsgesuch. In Deutschland Wohnender sucht von sofort oder später in Poznań Hauptstraße bewohnt, eine 5—8 Zimmerwohnung mit ganzer Wohnungseinrichtung und elektr. Licht zu kaufen. Off. u. 3079 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Schlesier

sucht in Poznań od. Kreisstadt ein größeres Drogen- oder Kolonialwaren-Geschäft zu kaufen. Kann 200 Mille ausl. od. entspr. poln. Baluta anzahlen. Off. an Postfach 263 Poznań.

Teppich (in grün gehalten) 3×4 oder 3×5 u. 2 gute Stores

zu kaufen gesucht. Gefl. Offerten mit Preisang. erbitten A. Radke, Rybaki 29 III.

Goldene, (3026) beschädigte und unmoderne Uhren, Ringe, Broschen, Ohrringe und jedes alte Gold u. Silber kaufe für hohe Preise.

Chwiltowski, sw. Marcim 40, Uhrengeschäft, nahe am Schloss. Dajelbi. Verkauf von Trauringen, Schmuckstücken u. gu. Uhren.

Brennabor-Kinderwagen mit Verdeck. Gummireifen, preisw. zu verkaufen. Anfr. u. 3. w. 3090 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Für Auswanderer ein Haus, massiv, mit 4×3 Zimm. u. Küche, 1×2 Zimm. u. Garten m. 20 Edelbäumen u. reichlich Beerenobst, Stallung f. Kleintierzucht massiv schöne Keller, elektr. Licht, Klimatisierung in Blankenburg am Harz f. 90 000 M., bei 60 000 M. Anz. zu verkaufen evtl. kann „M. W. Bachtland v. d. Stadt mit übernommen werden. Off. u. 3. w. 2513 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Zurückgekehrt Dr. Alfred Peiser.

Teatr Pałacowy

Pla Wolnośc 6.

Von Montag, dem 26. September an gelangt der erste Film der „Ellen Richter-Serie 1920/21“ unter dem Titel:

Napoleon u. Mme. Sans Gêne

zur Vorführung. Dieses monumentale Drama illustriert in 6 Akten das Leben des genialen Korsen von den ersten Anfängen seiner militärischen Laufbahn bis zur Insel St. Helena.

In der Hauptrolle die bekannte Darstellerin Ellen Richter.

Beginn der ersten Vorstellung um 4 Uhr, der nächsten um 6 und 8 Uhr. Ermäßigte Preise!!!

Hofverwalter

2. Januar 1922

gesucht. Poln. Sprache erforderl. Gepl. Zuschr. unt. Beifig. d. Fähigkeitsnachw. u. selbsgeschr. Lebens. u. L. M. 3085 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Suche einen unverheiraten jüngeren, evangelischen

derzeitig poln. sprechen

kann und unter meiner

Leitung zu wirtschaften

hat. Dienstreise wird

gestellt. Beglaubigte

Zeugnisschriften nebst

Gehaltssprüche zu richten an

Dom. Bulaków, Post Bogorza.

Suche von sofort oder 1. 10. für meinenfrauenlozen

Haushalt auf meine 200 Morgen große Wirtschaft eine

ältere erfahr.

Wirtschafterin unter Angabe von Adressen der letzten Stellen. Ges. Off.

unter 3083 an die Geschäftsst. dieses Blattes erbeten.

Deutschthumsbund Posen

(Abteilung Stellenvermittlung).

Wir suchen Beschäftigung für:

Arbeiter und Handwerker (für Stadt und Land). Installateur, Elektromonteur, Photograph, Friseur,

Fleischbeschauer, Stubenmaler, Bäcker, Konditor,

Fischer mit eigenen Neigen, ledige Schlosser, Bäcker,

Verkäuferin und Waschfrau sowie

Lehrstellen für Fleischer, Schlosser und Schmied.

Anfragen zu richten: Waly Leszczyńskiego 2, Telefon 2157.

3082

Waly Leszczyńskiego 2, Telefon 2157.



Dienstag, d. 27. Septbr., abends 8 Uhr, im grossen Saale des Zoolog. Gartens: